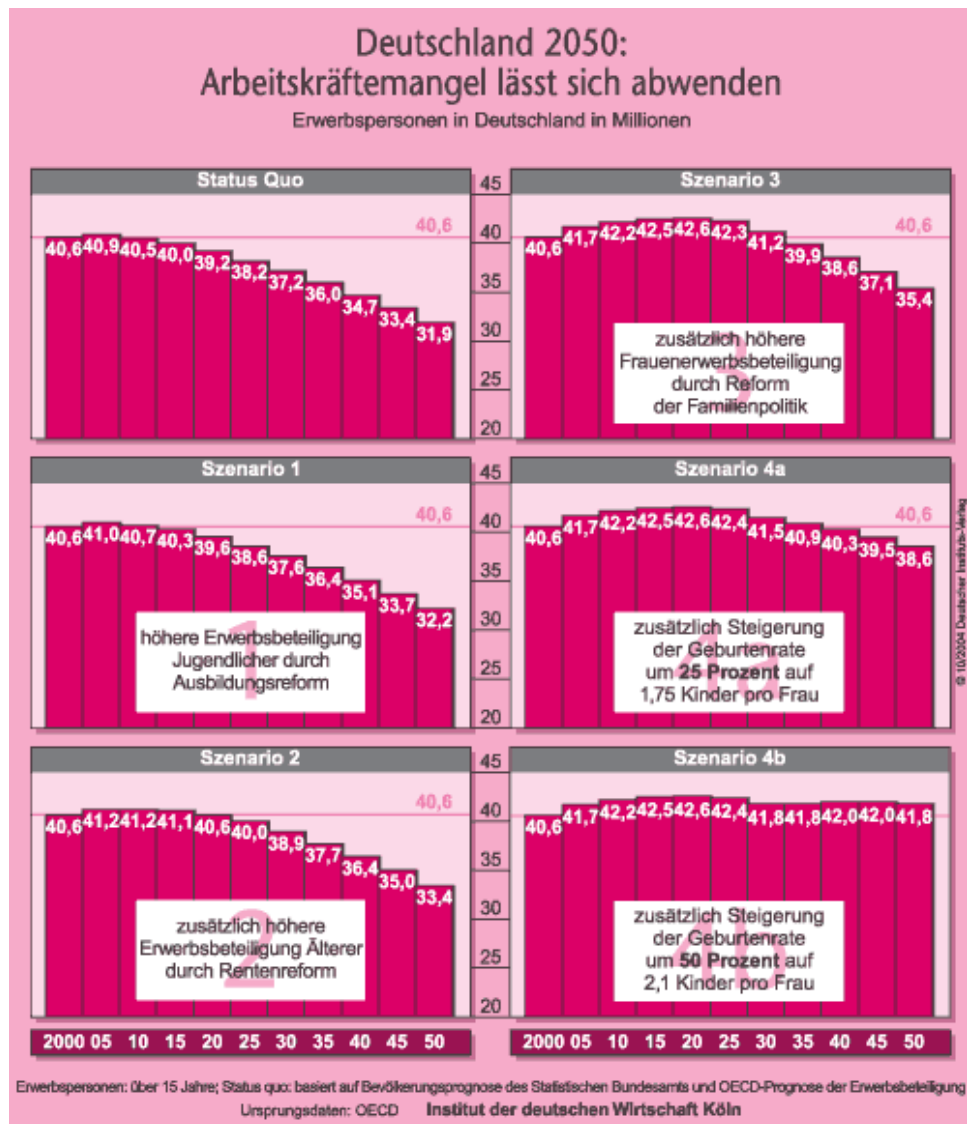


Demographische Entwicklung - Älter werden ohne alt auszusehen

Der Rückgang der Bevölkerung wird einen Arbeitskräftemangel verursachen, der den hiesigen Lebensstandard massiv gefährdet. Mit einer entschiedenen Reformpolitik ließe sich das Blatt aber noch wenden.*



Deutschlands Weg für das nächste halbe Jahrhundert scheint vorgezeichnet: Die Menschen zeugen zu wenig Nachwuchs, um die eigene Generation zu ersetzen. Laut einer Prognose des Statistischen Bundesamts wird Deutschland im Jahr 2050 nur noch 70 Millionen Einwohner haben – gut 12 Millionen weniger als heute. Zum Bevölkerungsschwund hinzu kommt ein weiterer einschneidender Wandel. Die Lebenserwartung der Bundesbürger steigt dank Wohlstand und medizinischem Fortschritt steil an. Heute neugeborene Jungen werden im Schnitt 75 Jahren alt, Mädchen 81 Jahre. Im Vergleich dazu blicken die Säuglinge im Jahr 2050 einem wahrhaft hochbetagten Alter entgegen. Die Lebenserwartung beträgt dann für Frauen bis zu 88 Jahre, für Männer bis zu 83 Jahre.

Weniger Kinder und immer mehr ältere Menschen – beides zusammengenommen führt zu einer fortschreitenden Vergreisung der Gesellschaft:

Der Anteil der über 65-Jährigen an der deutschen Bevölkerung klettert von heute 17,5 Prozent im Laufe der nächsten 20 Jahre auf rund 23 Prozent. Im Jahr 2050 wird sogar jeder Dritte älter als 65 Jahre sein.

Auch Zuwanderung kann das Problem nicht lösen. Um das zahlenmäßige Verhältnis von Erwerbsfähigen zu Ruheständlern auf dem heutigen Niveau einzufrieren, wären per saldo 3,6 Millionen Einwanderer im Jahr nötig – eine utopische Zahl.

Der demographische Wandel wird in vielen Wirtschaftsbereichen weit reichende Strukturveränderungen mit sich bringen: Die Konsumgüterhersteller müssen ihre Angebotspalette neu ausrichten, die Finanzmärkte stehen vor schwer kalkulierbaren Verschiebungen im Anlageverhalten, und die Innovationsfähigkeit der Gesellschaft dürfte mit der Überalterung leiden. Einige Folgen für Arbeitsmarkt, Bildungswesen und soziale Sicherungssysteme lassen sich bereits quantifizieren:

Arbeitsmarkt. Heute gibt es in Deutschland knapp 41 Millionen Erwerbspersonen älter als 15 Jahre. In 50 Jahren werden es, wie das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) auf Basis einer OECD-Studie schätzt, nicht einmal mehr 32 Millionen potenzielle Arbeitskräfte sein.

Gesetzliche Rentenversicherung. Die Relation von Beitragszahlern zu Rentenempfängern verschlechtert sich dramatisch. Heute kommen auf 100 Bundesbürger jenseits der 60 immerhin 226 Personen im erwerbsfähigen Alter. Im Jahr 2050 werden es nur noch 114 sein. Jeder, der arbeitet, wird dann wohl etwa einen Ruheständler mitversorgen müssen. Dass das kaum zu leisten ist, liegt auf der Hand.

Bildung. Soll das gegenwärtige Produktionsniveau 2050 trotz des bröckelnden Arbeitskräftepotenzials gehalten werden, bleibt nur eins: Die Beschäftigten müssen deutlich produktiver werden, also mehr leisten. Ob die erforderliche Leistungssteigerung gelingt, hängt eng mit dem Bildungsniveau zusammen. Halten jedoch die gegenwärtigen Bildungstrends an, wird der Anteil der hochqualifizierten Erwerbsfähigen an der Bevölkerung abnehmen, ihre Zahl um knapp 2 Millionen schrumpfen (vgl. iwd 7/2004).

Ein Hebel für eine Reformpolitik wider die Folgen des demographischen Wandels ist demnach die Zahl der Erwerbspersonen. Wenn es gelingt, mehr Menschen ins Arbeitsleben zu bringen als bisher, ist dies schon die halbe Miete. Die OECD hat in einer Studie untersucht, welche Ansatzpunkte es gibt, um dieses Ziel zu realisieren. Demnach sind vor allem drei Weichenstellungen erforderlich (Grafik):

Höhere Erwerbsbeteiligung Jugendlicher. Basierend auf den OECD-Berechnungen geht das IW davon aus, dass die Zahl der Erwerbspersonen hierzulande in den kommenden beiden Jahrzehnten allein dadurch um 400.000 steigen könnte, dass die Schul- und Studienzeiten verkürzt werden.

Höhere Erwerbsbeteiligung Älterer. Um dieses Ziel zu erreichen, ist in erster Linie eine Rentenreform notwendig. Sie sollte aus folgenden Eckpunkten bestehen:

- Das reguläre Renteneintrittsalter wird auf 67 Jahre angehoben.

- Alle Möglichkeiten zur Frühverrentung werden abgeschafft.

- Das gesamte Rentensystem wird so ausgestaltet, dass sich der Rentenanspruch allein nach Beitragszahlungen und -zeiten richtet. Wer früher in Rente geht, darf dafür nicht noch belohnt werden – die Abschläge sind entsprechend zu kalkulieren (vgl. iwd 2/2004).

Mittels einer solchen Rentenreform ließen sich – aufs Jahr 2025 gerechnet – knapp 1,3 Millionen potenzielle Arbeitskräfte mobilisieren.

Höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen. Um mehr Ladys zum Eintritt ins Berufsleben zu bewegen, bedarf es Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf – z.B. durch eine bessere Betreuung des Nachwuchses:

Müttern fällt es wesentlich leichter, einen Job auszuüben, wenn sie ihre Kinder in guter Obhut wissen. Ziel muss es sein, in Sachen Kinderbetreuung etwa das dänische Niveau – das beste in der EU – zu erreichen.

Die OECD rechnet damit, dass auf diese Weise bis 2025 zusätzlich 2,4 Millionen Frauen auf den Arbeitsmarkt zu holen sind – damit ist dies bei weitem der effektivste Ansatz.

Durch alle drei skizzierten Weichenstellungen ließe sich der Arbeitskräfterrückgang bis 2025 verhindern.

Gegenüber dem Szenario ohne Reformen könnten mehr als 4 Millionen Menschen zusätzlich für den Arbeitsmarkt gewonnen werden.

Von 2030 an genügt es jedoch nicht mehr, zusätzliche Arbeitskräfte zu mobilisieren, um den Nachwuchsmangel zu kompensieren. Die Familienpolitik muss mit einem Mix aus finanzieller und sachlicher Unterstützung dazu beitragen, dass mehr Paare ihren vorhandenen Kinderwunsch realisieren und dadurch die Geburtenrate steigt.

Ein diesbezügliches Umsteuern drängt, denn immerhin dauert es eine ganze Generation lang, bis die Babys von heute erste Gehversuche auf dem Arbeitsmarkt unternehmen.

Schon wenn sich die durchschnittliche Kinderzahl der Frauen von heute 1,4 Sprösslingen in den kommenden Jahren um ein Viertel auf 1,75 erhöhen würde, wäre der Arbeitskräftemangel für längere Zeit abgebogen. Würde jede Frau zwei Kinder zur Welt bringen, wäre sogar der Erhalt der Generationen gesichert.

Die Agenda 2050

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln hat im Rahmen seiner Zusammenarbeit mit dem Roman Herzog Institut die Wirkungen des demographischen Wandels in Deutschland untersucht. Um die Folgen der gesellschaftlichen Vergreisung zu mildern, müssen zwei Wege beschritten werden:

1. Die Trends der Bevölkerungsentwicklung ändern. Um die Eltern beim Umsetzen ihres Kinderwunsches zu unterstützen, bedarf es gezielter familienpolitischer Maßnahmen. Es gilt zudem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Auch an einer verstärkten Zuwanderung führt kein Weg vorbei. Es bedarf hierfür klarer quantitativer Vorgaben, zugleich muss die berufliche Qualifikation der Bewerber für eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis das ausschlaggebende Kriterium sein.

2. Die Volkswirtschaft gegen eine schrumpfende Bevölkerung resistent machen. Zu den hier erforderlichen Maßnahmen gehört allgemein, die Wachstumskräfte über die Deregulierung, den Strukturwandel und mehr Investitionen zu stärken. Des Weiteren müssen ungenutzte Erwerbspotenziale gehoben werden, etwa über eine längere Lebensarbeitszeit, eine höhere Erwerbstätigkeit von Frauen und älteren Menschen sowie mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für Geringqualifizierte.

Weitere Baustellen sind Bildung und Qualifizierung, ein Fall für die Bildungspolitik des Staates ebenso wie für die Personalpolitik der Unternehmen. Mit flexibleren Arbeitszeiten und mehr Weiterbildung wären die Betriebe schon weitaus besser für die Zukunft gewappnet.

Die Sozialversicherungen müssen demographiefest gemacht werden – durch mehr Marktorientierung und den Ausbau von Eigenverantwortung und Privatvorsorge.

Auch in regionalpolitischer Hinsicht warten einige Herausforderungen: Eine neubauorientierte Wohnungsbauförderung wird überflüssig, es geht vermehrt um den Bestandserhalt. Schließlich muss die langlebige Infrastruktur, etwa der öffentliche Nahverkehr, auf eine rückläufige Nutzerschar getrimmt werden.

*) Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.)

Perspektive 2050 – Ökonomik des demographischen Wandels

Studie im Rahmen der Arbeit des Roman Herzog Instituts, Köln 2004, 424 Seiten, 36 Euro

Bestellung über Fax: (02 21) 49 81-4 45 oder via E-Mail: div@iwkoeln.de